

Wahlprüfstein DIE LINKE

Landwirtschaftsverlag GmbH
Genossenschaftlichen Allgemeinen Zeitung
Hülsebrockstr. 2-8
48165 Münster

Europa, der Euro und die deutschen Genossenschaften

Frage 1: Etwa 650 Energiegenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag, die Akzeptanz für die Energiewende in breiten Teilen der Gesellschaft zu steigern. Über 100.000 Menschen engagieren sich bereits in genossenschaftlichen Energieprojekten, von der Energieproduktion, über den Netzbetrieb bis hin zur Vermarktung von Energie. Mit der Einführung der EEG-Novelle Mitte des letzten Jahres sind jedoch die Neuinvestitionen eingebrochen. Was wollen Sie tun, um das Vertrauen der Menschen in eine verlässliche Energiepolitik zurückzugewinnen?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass aus der ökologischen Energiewende auch eine soziale Energiewende wird. Der Ausbau der Erneuerbaren muss beschleunigt werden und gleichzeitig müssen die Strompreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar gesenkt werden. Mit unserem Konzept einer sozialen Energiewende ließe sich der Strompreis um ca. 4 Cent pro Kilowattstunde absenken: Um dies zu erreichen wollen wir unberechtigte Industrie-Rabatte streichen, eine staatliche Aufsicht für die Strompreise einsetzen und die Stromsteuer absenken. Denn diese sogenannte Öko-Steuer hat keine ökologische Lenkungswirkung, ist aber sozial ungerecht.

Frage 2: Pro oder Contra Euro? Was würde ein Ausstieg aus dem Euro für Deutschland bedeuten?

Die anhaltende Eurokrise ist auch Folge schwerer Konstruktionsfehler der Währungsunion: Der Verzicht auf eine demokratisch koordinierte Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik führte zur Steuer- und Standortkonkurrenz sowie zu massiven wirtschaftlichen Ungleichgewichten im Euroraum. DIE LINKE hat diese Konstruktionsfehler sowie die Bankenrettungs- und Austeritätspolitik von Troika, EU-Regierungen und -Institutionen seit langem kritisiert. Diese Politik vertiefte in den „Krisenländern“ die Rezession und die Schuldenkrise und führte zu katastrophalen sozialen Folgen. Auch in Deutschland bremste sie die wirtschaftliche Erholung. Heute ist der ökonomische, soziale und politische Zusammenhalt der Währungsunion stark gefährdet; um ein Auseinanderbrechen zu verhindern, sind weitreichende Korrekturen notwendig (siehe Frage 3).

Die ökonomischen und sozialen Kosten sowohl eines unkontrollierten Zerfalls der Eurozone als eines Euro-Ausstiegs wären für Deutschland erheblich: V.a. die Exportwirtschaft profitiert vom Euro; trotz krisenbedingter Rückgänge ist der Euroraum ihr wichtigster Absatzmarkt. Nachfrageeinbrüche infolge (durch Währungsspekulationen unkontrollierbar befeuerter) Abwertungsprozesse und Wirtschaftseinbrüche im Süden würden neben Export- und Zuliefererfirmen auch die Dienstleistungsbranche aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Binnennachfrage hart treffen. Dies ginge mit erheblichen Belastungen der

öffentlichen Haushalte durch Steuerverluste und steigenden Sozialausgaben einher.

Frage 3: Was muss sich ändern, damit wieder Ruhe einkehrt im Euroraum?

Um die Krise in der Eurozone (und der EU) zu überwinden, muss die Austeritätspolitik - nicht nur im Rahmen der ESM-Kreditvergaben - gestoppt werden, denn die Krise wurde nicht durch zu hohe öffentliche Ausgaben verursacht. DIE LINKE fordert ein EU-weites Zukunfts- und Investitionsprogramm, um Wachstum zu schaffen, öffentliche Infrastrukturen auszubauen und einen sozial-ökologischen Umbau einzuleiten. Zur Beendigung des ruinösen Standortwettbewerbs sind soziale Mindeststandards auf hohem Niveau, EU-weit koordinierte Mindestlöhne, sowie EU-weit koordinierte Mindeststeuersätze für Unternehmen einzuführen. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen und zur langfristigen Stabilisierung der Staatseinnahmen will DIE LINKE eine stärkere Besteuerung von Spitzen Einkommen und Kapitalerträgen sowie eine EU-weit koordinierte Vermögensabgabe einführen. Zudem muss entschlossen Steuerflucht und -hinterziehung bekämpft werden. Nicht zuletzt dies erfordert die strikte Regulierung des Finanz- und Bankensektors (siehe Frage 5). Die derzeitigen Pläne der EU für eine „Fiskal-, Wirtschafts- und Bankenunion“ lehnt DIE LINKE ab, denn sie setzen den gescheiterten marktradikalen Kurs fort. Zudem verlagern sie wirtschafts- und fiskalpolitische Kompetenzen der Mitgliedstaaten auf die europäische Ebene, ohne deren demokratische Kontrolle und Legitimation sicher zu stellen.

In Deutschland setzt sich DIE LINKE für die grundlegende Korrektur der deutschen Steuer-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ein, die maßgeblich zu den Ungleichgewichten in der Eurozone geführt hat und somit Mitverantwortung für die Krise trägt. DIE LINKE will einen Strukturwandel von der Exportorientierung zur Stärkung der Binnenwirtschaft mit gut abgesicherten Arbeitsplätzen und einem starken öffentlichem Sektor. Dies kommt den Menschen hierzulande zu Gute und trägt zum Abbau der für die Eurozone schädlichen Ungleichgewichte bei.

Frage 4: Die Angst der Sparer um ihre Einlagen: Wie viel Zukunft hat der deutsche Sonderweg bei der Ausgestaltung der Sicherungseinrichtungen?

DIE LINKE spricht sich für die umfassende Neustrukturierung des Bankensektors aus (siehe Frage 5) und lehnt die derzeit auf EU-Ebene diskutierten Vorschläge zur „Bankenunion“ als unzureichend ab. Kurzfristig müssen für den Fall von Geschäftsbankenpleiten Verfahren entwickelt werden, die eine strikte Gläubiger- und Eigentümerhaftung enthalten, um kostspielige Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler zu verhindern. Die Einlagen privater Sparer sind dabei bis 100.000 Euro zu sichern. Parallel zur Bankenunion sollen auch die Verhandlungen über die EU-weite Neuregelung der Einlagesicherungssysteme noch im Juni 2013 abgeschlossen werden. Ihr Ausgang ist offen. In (seltener) Übereinstimmung mit der Bundesregierung lehnt DIE LINKE die EU-Kommissionsvorschläge ab und fordert die Beibehaltung der deutschen Regelung, die die Institutssicherung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken schützt: Da sich ihr Geschäftsmodell in der Krise bewährt hat und sie bis heute das Rückgrat der Kreditversorgung v.a. für KMU bilden, muss ihr hoher Sicherungsstandard beibehalten werden.

Frage 5: Welche Anreize muss man schaffen, damit auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Banken „billiges“ EZB-Geld nicht in Staatsanleihen investieren, sondern in die Kreditversorgung des Mittelstandes?

Die Kreditversorgung des Mittelstands wird von Großbanken zu Gunsten spekulativer und riskanter Geschäfte vernachlässigt. DIE LINKE fordert eine strikte Regulierung des europäischen Banken- und Finanzsektors, denn die Liberalisierungspolitik der letzten Jahrzehnte hat nicht nur den Ausbruch der Finanzkrise verursacht. Zudem trug die Spekulation mit Staatsanleihen und Kreditausfallversicherungen zur buchstäblichen Explosion der Staatsschulden der „Krisenländer“ bei. DIE LINKE will eine Bank für öffentliche Anleihen einrichten, die sich bei der EZB refinanziert und den Euroländern eine stabile und preisgünstige Staatsfinanzierung ermöglicht. So werden die z.T. extremen Zinsaufschläge auf dem Sekundärmarkt vermieden, die Staatsfinanzierung aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten befreit und Banken und Finanzinvestoren ein spekulatives Geschäftsfeld entzogen. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE u.a. für die „unverwässerte“ Finanztransaktionssteuer von 0,1% sowie für Verbote spekulativer Instrumente (ungedechte Kreditausfallversicherungen, Leerverkäufe etc.) ein.

Der europäische Bankensektor muss radikal umgebaut werden: Großbanken müssen in kleinere Einheiten aufgeteilt werden, um künftig zu vermeiden, dass marode Institute als „too big to fail“ gelten und mit öffentlichen Mitteln gerettet werden. Zudem will DIE LINKE den Sektor nach dem Modell der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken vergesellschaften und unter öffentliche Kontrolle stellen. Nur so kann eine effektive und flächendeckende Versorgung von Wirtschaft – insbesondere der KMU – und Bevölkerung mit kreditwirtschaftlichen Leistungen gewährleistet werden.

Frage 6: Sieben Prozent der Ackerflächen in der EU sollen beim „Greening“ als ökologische Vorrangflächen ausgewiesen werden. Wie steht Ihre Partei zu dem Vorschlag der EU-Kommission?

Die LINKE hat die „Greening“-Vorschläge der EU-Kommission begrüßt. Allerdings sollen die ökologischen Vorrangflächen nach unseren Vorstellungen keine Stilllegungsflächen sein, sondern ökologische Defizite in der Region ausgleichen, also zum Beispiel Feld-, Gewässer-, Wald- und Wegrandgestaltung ermöglichen, insektenfreundliche Anbaukulturen auch für Biomasse oder Eiweißpflanzenanbau. Vorleistungen und vorhandene Strukturen auf den Flächen sollen berücksichtigt werden. Es ist aus unserer Sicht richtig, die Direktzahlungen der 1. Säule der EU-Agrarförderung an sozial-ökologische Bedingungen zu knüpfen. Im vom Deutschen Bundestag behandelten Fortschrittsbericht Nachhaltigkeit wird deutlich, dass es bislang nicht gelungen ist, Fortschritte zum Erhalt der biologischen Vielfalt in den Agrarlandschaften zu erzielen. Die meisten Verluste an Vielfalt sind direkt oder indirekt mit der Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung verbunden. Es ist aus unserer Sicht richtig, öffentliches Fördergeld an konkrete gesellschaftliche Leistungen zu binden. Darüber hinaus trägt mehr biologische Vielfalt auf den Flächen mittel- und langfristige Erntesicherung und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze bei.